



HESSISCHER LANDTAG

14. 12. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

betreffend Europa jetzt zukunftsfähig machen - die entscheidenden Schritte in die Wege leiten

Viele Menschen in Europa sind angesichts der aktuellen Debatte über die zu ergreifenden Maßnahmen zur Stabilisierung des Euros und zur Unterstützung der hochverschuldeten Länder der Eurozone zutiefst verunsichert und machen sich Sorgen. Sorgen um die Stabilität unserer Währung, um das Gesparte und Erarbeitete, um die wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Landes.

CDU, CSU und FDP in der Regierungskoalition in Berlin und CDU und FDP in der Regierungskoalition in Hessen haben versäumt, in der öffentlichen Debatte die notwendigen Maßnahmen, die einzuleiten sind, rechtzeitig der Bevölkerung zu erklären. Zu lange wurde geleugnet, vor welchen wichtigen Einschnitten und strukturellen Reformen wir stehen.

Zunächst wurden dringend notwendige Stabilisierungsmaßnahmen für den Euro immer wieder öffentlich bestritten, hinausgeschoben und am Ende viel zu spät in Angriff genommen. Die permanente Leugnung der wirtschaftlichen und politischen Realität, verbunden mit den immer wiederkehrenden Ressentiments gegenüber einzelnen Mitgliedsstaaten der EU und einer völlig falschen Darstellung Deutschlands als angeblicher Zahlmeister der Europäischen Union, hat keinerlei Beitrag zu einer rationalen Diskussion und zu einer Verankerung der notwendigen politischen Entscheidungen in unserer Bevölkerung geleistet. Im Gegenteil: Form und Inhalt der lange Zeit orientierungslosen Politik der Bundesregierung hat zur Ablehnung der notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen in der deutschen Bevölkerung beigetragen. Die Ergebnisse des Brüsseler sogenannten "Stabilitätsgipfels" zielen in die richtige Richtung, sind aber längst noch nicht vollzogene politisch oder rechtlich begründete Tatsachen. Es sind weitgehend Absichtserklärungen, die das Problem richtig beschreiben, die auch Lösungsmöglichkeiten aufzeigen, aber deren Realisierung noch große Risiken in sich birgt.

Die SPD in Hessen und auf Bundesebene hat seit Langem wesentliche Strategien und Lösungsoptionen beschrieben und politisch gefordert. Deshalb gilt es, folgende Maßnahmen jetzt in Angriff zu nehmen und umzusetzen.

Der Landtag wolle beschließen :

1. Die globalen Finanzmärkte sind zu regulieren.

Der Primat der Politik muss zurückgewonnen werden. Die Politik darf nicht länger durch die interessengetriebene Finanzwirtschaft in die Rolle der Getriebenen und zum Reagieren auf fremdgesteuerte Entwicklungen reduziert werden. Dabei hilft es nicht, immer wieder nur auf globale Lösungen zu verweisen, sondern es muss möglich sein, im Europa der 27, oder als ersten Schritt auch in der Eurozone, zu klaren Regulierungen der Finanzmärkte zu kommen.

Das marktwirtschaftliche Prinzip, dass Haftung und Risiko zusammengehören, muss an den Finanzmärkten endlich wieder Geltung erhalten. Die Privatisierung der Milliardengewinne, das Abwälzen von gigantischen Verlusten aufgrund fehlender Regeln und unverantwort-

licher Spekulationen ist trotz der Erfahrungen der Finanzmarktkrise weiterhin möglich und muss beendet werden.

2. Spekulation und Finanzmärkte sind zu besteuern.

Dazu zählt insbesondere die Einführung der Besteuerung der Finanzmärkte durch eine Finanztransaktionssteuer. Zweierlei Funktion wird sie erfüllen:

1. Die Finanzakteure und besonders die Finanzjongleure sollen an den Transaktionen, besonders denen mit hochgradigem spekulativem Gehalt, in die Risikohaftung genommen werden.
2. Die Erträge aus dieser Steuer dienen wichtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen in den Nationalstaaten zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit.

3. Gläubiger-Beteiligung und Schuldenschnitte sind in größerem Umfang und weiterhin notwendig.

Dies ist im Falle Griechenlands zum Teil geschehen, dies wird auch auf andere Länder zutreffen müssen. Griechenland hat keine Chance, seine Schulden insgesamt zurückzuzahlen, weil das Land nie in der Lage sein wird, dies leisten zu können. Dieser Schuldenschnitt bedarf allerdings der Absicherung durch den EFSF und den geplanten ESM, um die Folgewirkungen für Banken, Anleger und andere Staaten so gering wie möglich zu halten.

4. Steuerdumping muss beendet und Schuldenbremsen müssen eingeführt werden.

Die Eurozone und die EU insgesamt benötigen wirksame Regeln für eine solide Finanz- und Stabilitätspolitik. Dazu gehören auch Eingriffsrechte der Europäischen Union in die nationale Haushaltspolitik, wenn gegen die vereinbarten Finanz- und Stabilitätsziele der EU verstoßen wird. Entsprechende verfassungsrechtliche Bedenken sind auszuräumen.

Zu einer gerechten Konsolidierung der Staatsfinanzen gehören nicht zuletzt Fortschritte bei der Harmonisierung der Steuerpolitik. Dass einige Länder auf Kosten anderer Steuerdumping zur Strategie erklären, muss aufhören. Eine Angleichung der Unternehmensbesteuerung in Europa ist überfällig. Wir brauchen eine harte gemeinsame Linie bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Steuerhinterziehung.

5. Staatsschulden sind abzubauen.

Länder, die aufgrund zu hoher eigener staatlicher Ausgaben und einer ineffizienten mangelhaften und sozial ungerechten Steuererhebung unverantwortlich hohe Staatsschulden herbeigeführt haben, müssen ihre staatlichen Ausgaben deutlich verringern und gesicherte und angemessene Steuereinnahmen besorgen. Dies setzt voraus, dass insbesondere eine sogenannte Reichensteuer eingeführt wird. Hohe Vermögen und hohe Einnahmen sind insgesamt in allen Staaten der Europäischen Union angemessen zu besteuern. Dies setzt freilich auch eine effektive und handlungsfähige Steuerverwaltung in allen Ländern voraus, die zudem mit wirksamen Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet sein muss.

6. In Wachstum muss investiert werden.

Die Einnahmen zum Beispiel aus der Finanztransaktionssteuer müssen dazu dienen Europa und vor allem den Krisenstaaten in Südeuropa, eine Wachstumsperspektive zu geben. Die drastischen Sparmaßnahmen, die den Ländern diktiert werden, werden sie nicht aus der Krise führen. Im Gegenteil: Die Sparmaßnahmen allein führen zu einer ständig steigenden wirtschaftlichen Rezession in den Ländern. Im Ergebnis reicht alle Sparanstrengung nicht aus, den wirtschaftlichen Rückgang auszugleichen, geschweige denn, die Verschuldung abzubauen. Deshalb muss eine Kombination erfolgen von gesicherten deutlich höheren Steuereinnahmen, von notwendigen Sparmaßnahmen im Bereich der öffentlichen Verwaltungen, dies gekoppelt mit Investitionen in die Infrastruktur, in Bildung und wirtschaftliches Wachstum.

7. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in der EU ist notwendig.

Die europäischen Mitgliedstaaten und ihre Regierungen müssen deshalb zusammen mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik kommen, die die bisherige wirtschaftspolitische Ideologie und ihre ausschließliche Konzentration auf den freien Binnenmarkt in Europa beendet. Preisstabilität, Wachstum und hohe Beschäftigung zu angemessenen Löhnen und Gehältern und soziale Sicherheit müssen endlich ins Zentrum einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik Europas rücken.

Wiesbaden, 14. Dezember 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel